

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

61. Sitzung
am Dienstag, dem 16. Dezember 1997, 9:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Berndt Steincke (CDU)

Tagesordnung:

Seite

1. Berechnung des Haushaltsansatzes zu Titel 0503-422 01 entsprechend Haushaltsaufstellungserlaß	4
Schreiben des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdrucke 14/1379, 14/1423	
2. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)	
Geszentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850	
c) Änderungsvorschlag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1998	
Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein Geszentwurf der Landesregierung Drucksache 14/942	
I Nachschiebeliste	
3. Information/Kenntnisnahme	6
4. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Berechnung des Haushaltsansatzes zu Titel 0503-422 01 entsprechend
Haushaltsaufstellungserlaß**

Schreiben des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdrucke 14/1379,
14/1423

St Voigt erinnert an die gemeinsame Haltung, daß in der Frage der Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie nicht der Finanzausschuß, sondern der Sozialausschuß der zuständige Ausschuß sei, und erklärt, die Landesregierung gehe davon aus, mit den beiden Vorlagen Umdrucke 14/1379 und 14/1423 "klargemacht zu haben, was Sache ist". Er betont im übrigen, daß sich das Ministerium nicht einmauere und daß auch nicht beabsichtigt sei, Mittel zur institutionellen Förderung von Verbänden und Initiativen auszuschütten.

Auf eine Bemerkung des Abg. Stritzl erklärt St Voigt, daß die Landesregierung allein schon deswegen objektiv informiere, weil sie dabei sachlich sei - auch wenn die Gewichtung in der Überschrift eine gewisse Einseitigkeit ausweise. Es sei nicht Aufgabe dieser Informationsstelle, noch das zu verstärken, was mit Millionenbeträgen von den Stromkunden finanziert werde, und Betreiberbroschüren zu verteilen.

VP Dr. Schmidt-Bens legt dar, daß etwa 50 % der Fördermittel in die Solarthermie und die Photovoltaik gesteckt würden - Förderbereiche, in denen nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs eine ungünstige Fördereffizienz bestehe. St Voigt erinnert an die Diskussion in der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" am 11. September, und der Vorsitzende merkt an, daß das Ministerium für Finanzen und Energie das parlamentarische Wollen umsetze und daß im übrigen die Bemerkungen des Landesrechnungshofs zum größten Teil abgearbeitet worden seien. Abg. Sager hält dagegen, aus den Beratungen in der Arbeitsgruppe ergebe sich nicht, daß das, was der Landesrechnungshof angeregt habe, auch wirklich umgesetzt werde. Angesichts knapper Finanzmittel stehe für ihn die Effizienz der Vorgehensweise im Vordergrund.

Punkt 2 der Tagesordnung:

- | | |
|--|----------------|
| a) | Finanzp |
| b)
hierzu: Umdrucke 14/1092, 14/1110 | Entwurf |
| c)
der Landesregierung
Drucksache 14/942 | Änderu |
| ● | Nachsch |

Einzelpläne 08, 10, 13

MDgt Dr. Rave, MDgt Fleck und St Berg erläutern die haushaltsmäßige Umsetzung des vom Landtag in der Dezembertagung beschlossenen Behördenstrukturanpassungsgesetzes.

Vom Vorsitzenden und von den Sprechern aller Fraktionen wird die Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus, Umdruck 14/1443, als vorbildlich gelobt, und es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die anderen betroffenen Ressorts eine derartige Vorlage nachliefern werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 14/1420 - Änderung des LBG, des LRiG pp - DBB

Umdruck 14/1421 - Änderung des LBG, des LRiG pp - SH RiV

Umdruck 14/1422 - Änderung des LBG, des LRiG pp - SHGT

Umdruck 14/1442 - Freigabe von gesperrten Mitteln - Epl 10

Abg. Neugebauer bezeichnet es als äußerst problematisch, ein umfassendes Konzept für den sozialpsychiatrischen Krisendienst, das dem Ausschuß als Tischvorlage präsentiert werde, zu beraten und darüber zu befinden. - Die Vorlage wird nicht beraten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) VP Dr. Schmidt-Bens erinnert daran, daß er in der vorigen Sitzung die **Veräußerung von Telefonanlagen** und deren Rückmietung angesprochen und dabei auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, § 63 LHO zu ändern. Richtig sei zwar, daß bereits in der ersten Nachschiebeliste eine Ermächtigung zur Veräußerung enthalten sei, richtig sei aber auch, daß dies nicht ausreiche, weil die Landeshaushaltsordnung als auf Dauer angelegtes Gesetz Vorrang vor einem Haushaltsgesetz habe. Der Vorsitzende merkt an, er gehe davon aus, daß die Landesregierung eine rechtlich einwandfreie Regelung finden werde.
- b) Abg. Kubicki mahnt die in der Beratung des **Berichts der Investitionsbank**, Drucksache 14/800, in der 56. Sitzung am 20. November 1997, erbetene schriftliche Antwort auf die Frage an, "warum sich das Land mit einer Verzinsung von 0,6 % für die als Haftkapital genutzte Zweckrücklage zufrieden gibt".

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 10:40 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer